



**Geschäftsführung
Verkehrsausschuss**

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909
Fax : (0221) 221-24447
E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 02.12.2009

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der 1. Sitzung des
Verkehrsausschusses vom 01.12.2009**

öffentlich

4.5 Baubeschluss zur Realisierung der Pilotanwendung einer umweltsensitiven Lichtsignalanlagesteuerung im Bereich Mülheim/Clevischer Ring 3249/2009

RM dos Santos Herrmann weist seitens der SPD-Fraktion auf die finanziellen Auswirkungen hin und dass diese Maßnahme auch im Rahmen der Haushaltsplanberatungen diskutiert werden sollte.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen führt RM Tull aus, dass diese nicht die Verwaltungsempfehlung sondern vielmehr die Alternative 2 präferiere. Es mache keinen Sinn, die gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen, indem die Messstelle „ausgetrickst“ werde; dies sei nicht Ziel führend und das Problem werde hierdurch nicht gelöst.

Auch Ausschussvorsitzender Waddey äußert angesichts der prekären Haushaltslage Bedenken hinsichtlich des hohen Investitionsbetrages dieser Maßnahme. Das Verfahren solle jedoch nicht aufgehoben werden. Er schlägt daher vor, die Beschlussvorlage zunächst in die weiteren Gremien zu verweisen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, stellt klar, dass die umweltsensitive Lichtsignalanlagesteuerung Bestandteil des Luftreinhaltplanes und die Verwaltung insofern verpflichtet sei, dies umzusetzen. Die in Rede stehende Schaltung habe eine deutlich größere Wirkung als die reine Festlegung der Umweltzone an sich in diesem Bereich. Hohe Messwerte seien in verschiedenen Komponenten wie Bränden, Schiffsverkehr, Pkw-Verkehr, Braunkohlekraftwerk begründet; am Clevischen Ring seien jedoch die höchsten Messwerte in Köln zu verzeichnen. Es gehe nun darum, diese mindestens um 1/3 bis auf die zulässigen Werte zu senken. Nach seiner Einschätzung könne hierzu auf die umweltsensitive Lichtsignalanlagesteuerung nicht verzichtet werden.

RM Möring pflichtet für die CDU-Fraktion den Ausführungen von Herrn Harzendorf bei. RM Tull widerspricht er dahingehend, dass es sich hierbei nicht um ein Austricksen der Messstation handele. Auch die restriktive Alternative 2 führe lediglich zu einer Verlagerung des Verkehrs, da der Lkw-Verkehr Richtung Autobahn zwangsläufig

in andere bewohnte Stadtteile ausweichen werde. Solange der Verkehr nicht in Gänze reduziert werden könne, fänden bei allen anderen Maßnahmen lediglich Verlagerungsprozesse statt. Die Kernfrage sei nun, wie das Ziel, Senkung der Schadstoffwerte, erreicht werden könne. Aus seiner Sicht käme man mit der umweltsensitiven Lichtsignalanlagesteuerung diesem Ziel ein wesentliches Stück näher.

Seitens der FDP-Fraktion schließt sich RM Kirchmeyer ihrem Vorredner an, weist jedoch darauf hin, dass die Verlagerung von Verkehren auch eine erhebliche Entlastung für die vor Ort betroffenen Anwohner darstelle und dies insofern durchaus unterstützenswert sei.

Bezug nehmend auf die Erläuterungen von Herrn Harzendorf weist RM Tull darauf hin, dass auch ein Durchfahrtsverbot für Lkw`s eine Maßnahme des Luftreinhalteplanes sei; von daher sei die Realisierung der Ampel nicht zwingend. Vor Umsetzung dieser sehr kostenintensiven Maßnahme sollte aus ihrer Sicht überlegt werden, wie der Lkw-Verkehr, der auch zur Umgehung der Mautgebühren durch das Stadtgebiet abkürze, reduziert werden könne. Auch die Behinderungen bzw. langen Wartezeiten des querenden Verkehrs seien ein weiteres wesentliches Argument gegen die Lichtsignalanlagesteuerung.

Herr Harzendorf betont hierzu, dass in der im Vorfeld durchgeführten Untersuchung die gesamten Verkehre betrachtet worden seien; andernfalls hätten keine seriösen Aussagen über die Wirkung getroffen werden können. Die positiven Auswirkungen der Lichtsignalanlagesteuerung überwiegen jedoch die Folgen für die querenden Verkehre bedeutend und insofern sollte diesen der Vorrang eingeräumt werden. Bei einem Durchfahrtsverbot für Lkw`s hingegen können diese beispielsweise den Niehler Hafen vom östlichen Zubringer aus nicht mehr erreichen. Herr Harzendorf räumt ein, dass die ganze Problematik in der Tat eine sehr Schwierige sei und alle Aspekte der zur Diskussion stehenden Maßnahmen wohl und genau durchdacht werden sollten. Fakt sei jedoch, dass die Verwaltung verpflichtet sei, so schnell wie möglich Abhilfe zu schaffen. Auf Frage des Ausschussvorsitzenden Waddey teilt er abschließend mit, dass die erforderlichen Mittel im Haushaltsplanentwurf bereits veranschlagt seien.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zunächst in den Ausschuss Umwelt und Grün sowie die Bezirksvertretung Mülheim zur Anhörung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt